



## Zum Terroranschlag auf die USA

Die große Betroffenheit und das Engagement, das in Deutschland von der Bevölkerung, vor allem von jungen Menschen gezeigt wird, sind sehr ermutigende Zeichen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten reagiert besonnen und überlegt auf die schrecklichen Ereignisse. Dies gilt auch für die Bundesregierung.

Wir unterstützen das Maßnahmenpaket, das das Kabinett in der letzten Woche beschlossen hat. Dies sind Sofortmaßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit und der Stärkung der Bundeswehr mit der damit verbundenen, notwendigen Finanzierung. Sie sind ein erster Schritt. Darüber hinaus müssen Maßnahmen folgen im Bereich der Vorsorge, der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Konfliktvermeidung und in der Bekämpfung der strukturellen Ursache des Terrorismus. Verteidigung und Gefahrenabwehr sind keine Alternative zur Vorsorge. Beides gehört für mich zu einer verantwortungsvollen und gewissenorientierten Entscheidung. Das Notwendige

zu tun und Freiheitsrechte zu bewahren ist kein Gegensatz.

Die Ereignisse des 11. September haben dazu geführt, dass etliche Kampagnen der Union in sich zusammengebrochen sind. Es zeigt sich aber, dass die Union versucht, die aktuelle Situation parteipolitisch auszuschlachten. Hamburg hat deutlich gemacht, dass dies nicht verfängt. Wir werden deshalb immer wieder auf den Ernst der Situation hinweisen, damit klar wird, wer sich verantwortungsvoll verhält und wer nicht. Die Union trägt die sicherheitspolitischen Maßnahmen, nicht aber die Finanzierung. Das ist die alte Linie ihrer Forderungen: Geld ausgeben ja, aber schweigen, wenn es um konstruktive Aussagen zum Finanziellen geht.

Dass die Union immer noch nicht über eine handlungsfähige Führung mit einem klaren Kurs verfügt, zeigt sich auch in der Frage der Zuwanderung. Merz will die Frage jetzt angehen, die CSU will es anders, Frau Merkel weiß es nicht so genau...

### **Aha...**

„Sicher darf man die meisten Abgeordneten als in der Kommunalpolitik, in ihren Parteien und dem vorpolitischen Raum recht tief insgesamt auch als recht ausgedehnt verwurzelt bezeichnen. [...] Ein solcher Gesamtbefund weist sachkundige Detailkritik keineswegs ab, macht aber deutlich, dass das populäre Lamentieren über eine allgemeine und grundsätzliche „Abgehobenheit“ und „Bürgerferne“ der Abgeordneten nur ein Fehlalarm ist.“

(aus: Zeitschrift für Parlamentsfragen)

### In dieser Ausgabe:

Arbeitsmarktpolitik	2
Thema: Steuern	3
Ökokennzeichen beschlossen	4
Reform der Professorenbesoldung	4



## Arbeitsmarktpolitik

In dieser Woche haben wir in 1. Lesung das Job-AQTIV-Gesetz beraten, mit dem das Arbeitsförderungsrecht wirksamer gestaltet wird. Mit diesem Gesetz wird ein weiteres Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung umgesetzt. Das Kürzel steht für: **Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren, Vermitteln.**

Mit dem Job-AQTIV-Gesetz wird eine durchgreifende Modernisierung der Arbeitsförderung in die Wege geleitet. Im Mittelpunkt dieser Reform stehen dabei die aktiven Instrumente der Arbeitsmarktpolitik. Das Arbeitsamt wird mit diesem Gesetz in der Lage sein, öffentlich-rechtlichen Körperschaften projektgebundene Zuschüsse geben zu können, wenn diese die Arbeiten von Unternehmen durchführen lassen, die dafür für eine bestimmte Zeit vom Arbeitsamt vermittelte Arbeitnehmer einstellen.

Weitere Schwerpunkte der Reform sind:

- Die Steigerung der Effektivität des Vermittlungsprozesses der Arbeitsämter
- Die Neuausrichtung und Verstärkung der beruflichen Weiterbildung
- Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie
- Eine stärkere Verankerung des arbeitsmarktpolitischen Leitkonzepts "Fördern und Fordern"

Nach dem Motto "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" setzen wir für alle Beteiligten planbare Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gezielt ein. Die hektische Stop-and-Go-Politik der alten Bundesregierung gehört der Vergangenheit an.

Die Zahlen von Ende August zeigen, dass sich der positive Trend auf dem Ausbildungsstellenmarkt des letzten Jahres auch in diesem Jahr fortsetzt.

Besonders erfreulich ist die weiter gestiegene Zahl an Ausbildungsplätzen in den Informations- und Medienberufen. Die Gesamtzahl der betrieblichen Ausbildungsstellen konnte auf mehr als 67.000 gesteigert werden. Damit hat die Wirtschaft bereits jetzt ihre Zusage übertroffen, 60.000 neue Lehrstellen bis zum Jahr 2003 in diesen Berufen zu schaffen.

Insgesamt sind von Oktober 2000 bis August 2001 den Arbeitsämtern 601.200 Ausbildungsstellen gemeldet worden, das sind 11.000 (+1,9 %) mehr als im Vorjahreszeitraum. Die positive Entwicklung ist allerdings fast ausschließlich auf die Bereitstellung von außerbetrieblichen Ausbildungsstellen zurückzuführen. Seit Beginn des Berufsberatungsjahres sind 38.100 solcher Ausbildungsstellen eingerichtet worden, das ist ein

*Fortsetzung auf Seite 3*



## Thema: Steuern

Wir entwickeln das Unternehmensteuerrecht weiter und haben in dieser Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf beraten. Unser Ziel ist es dabei, weitergehende Erleichterungen für Umstrukturierungen insbesondere von mittelständischen Unternehmen zu schaffen und im Steuerrecht stärker die internationalen Verflechtungen der Wirtschaft zu berücksichtigen.

Wichtige Elemente des Gesetzentwurfes sind u.a.:

- Einführung einer steuerfreien Reinvestitionsrücklage für mittelständische Unternehmen (Steuerentlastung rd. 300 Mio. DM).
- Die Wiedereinführung des Mitunternehmererlasses, der betriebliche Kooperation und

---

*Fortsetzung von Seite 2*

Plus von 22,2%. Die betrieblichen Ausbildungsplätze sind um 4.100 (+0,7%) gestiegen.

Die Zahlen zeigen zum einen, dass sich die Anstrengungen der Bundesregierung und der Ausbildungskonsens im Bündnis für Arbeit lohnen und zum anderen, dass die Privatwirtschaft noch etwas mehr tun muss, insbesondere in den neuen Bundesländern, da ist die Situation noch nicht befriedigend. Die Arbeitgeber müssen doch wissen, dass die Auszubildenden von heute die Fachkräfte von morgen sind...

Betriebsübergaben von Personengesellschaften erleichtert.

- Die bisherige Verwaltungspraxis zur sog. Mehrmütterorganschaft (keine Verrechnung des Verlustes der Organschaft mit Gewinnen der Mütter für Zwecke der Gewerbesteuer) wird für alle offenen Fälle festgeschrieben.

Im Gesetzentwurf der Bundesregierung werden sowohl die Interessen der Wirtschaft nach stärkerer Flexibilisierung im Unternehmensteuerrecht als auch die der Länder und Kommunen nach Sicherung des Steueraufkommens berücksichtigt.

Das Bundeskabinett hat den Entwurf für das Steuerverkürzungs-bekämpfungsgesetz verabschiedet, mit dem der Umsatzsteuerbetrug eingedämmt werden soll und das wir ebenfalls in dieser Woche im Plenum in 1. Lesung beraten werden.

Durch die kriminellen Machenschaften aus den sogenannten Karussellgeschäften, bei denen Unternehmen durch den Aufbau von grenzüberschreitenden Lieferketten in den Genuss von Vorsteuererstattungen kommen, ohne dass die in der Kette entstandene Umsatzsteuer entrichtet wird, gehen den Gebietskörperschaften jährlich zwischen 15 und 20 Mrd. DM verloren. Dem schieben wir jetzt mit diesem Gesetz einen Riegel vor.

Bodo Seidenthal, MdB

Büro:

Paul-Löbe-Haus, Zi. 7.237/39/41

Telefon: 030/227-7 38 66

Postanschrift:

Fax: 030/227-7 64 19

Platz der Republik 1

E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de

11011 Berlin

Ansprechpartnerin: Katharina Fricke

Bürgerbüro:

Schuhstraße 24

38350 Helmstedt

Telefon: 0 53 51/59 98 27

Ansprechpartnerin: N. N.

Wahlkreisbüro:

Schillerstraße 6-8

38440 Wolfsburg

Telefon: 0 53 61/1 44 18

Ansprechpartner: Dirk Roller

---

## Ökokennzeichen beschlossen

Wir haben in dieser Woche in 1. Lesung einen von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Einführung und Verwendung eines Kennzeichens für Erzeugnisse des ökologischen Landbaus beraten.

Wir halten unser Versprechen für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik und die Integration von Lebensmittelsicherheit und Umweltschutz in die Landwirtschaftspolitik.

Mit der Einführung eines einheitlich staatlichen Bio-Siegels machen wir Ernst mit mehr Verbraucherschutz und Transparenz bei Lebensmitteln. Dem Verbraucher wird endlich ein Wegweiser durch den unübersichtlichen

„Label-Dschungel“ zur Verfügung gestellt.

Beim Kauf von Lebensmitteln, die mit der neuen Kennzeichnung versehen sind, erhält der Verbraucher nunmehr die Sicherheit, ein Produkt in den Händen zu halten, dass nach den Kriterien der EG-Öko-Verordnung produziert wurde. Und: Der Standard der EG-Öko-Verordnung liegt weit über den Produktionsanforderungen für die konventionelle Landwirtschaft.

Die Bundesregierung setzt sich im Sinne eines vorsorgenden Verbraucherschutzes auch in der EU weiter dafür ein, dass die EU-Verordnung kontinuierlich um strengere Kriterien erweitert wird.

## Reform der Professorenbesoldung

Außerdem haben wir über die Dienstrechtsreform für die deutschen Hochschulen debattiert.

Das Reformpaket, das zum 1. Januar 2002 in Kraft treten wird, besteht aus zwei Gesetzen:

- Dem 5. Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes und dem
- Professorenbesoldungsreformgesetz.

Mit den vorliegenden Gesetzentwürfen stärken wir die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Mit der Einführung von Juniorprofessuren erleichtern wir nicht nur den anstehenden und überfälligen Gene-

rationenwechsel an den deutschen Hochschulen, sondern sorgen auch dafür, dass der wissenschaftliche Nachwuchs früher als bisher eigenverantwortlich, selbständig und teamorientiert forschen und lehren kann.

Künftig wird sich das Professorengehalt nicht mehr nur nach dem Alter richten, sondern auch nach der Leistung in Forschung und Lehre.

Mit diesen beiden Kernelementen der Reform brechen wir überkommene Strukturen auf und stärken unsere Position im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe in Deutschland.